

Widerstand – für Demokratie

Erfahrungen der Bürgerrechtsbewegung 1989

Liebe Bürger der Stadt Worms hier im Ratssaal, sehr geehrter Herr
Oberbürgermeister Kissel,

danke sehr für die Einladung. Machtvoll steht der Satz in der deutschen Öffentlichkeit „Wir sind das Volk“. Bundespräsident Gauck spricht dem Satz zu, er sei Ausdruck der Selbstermächtigung der Bürger. Wie verheerend aber wirkt es, wenn Menschen ausrufen „Wir sind das Volk“ und dabei Abgrenzung gegen Andersdenkende und Flüchtlinge zum Ausdruck bringen. Der machtvolle Ruf wirkt einem Gegröle gleich. Pegida und Legida – diese Frontmacher für ein Abendland, von dem sie gar nichts verstehen, haben sich schon den Montag der Montagsdemonstrationen von 1989 zu eigen gemacht und nun auch das noch: sie wenden und verdrehen den ersten Satz der Friedlichen Revolution „Wir sind das Volk“ gegen Andere. Das ist geistiger Missbrauch und muss als solcher beim Namen genannt werden.

Wie ist dieser Satz „Wir sind das Volk“ entstanden? Am Montag, 2. Oktober 1989, nach dem Friedensgebet in der Leipziger Nikolaikirche zogen friedliche Demonstranten ein Stück weit über den Leipziger Innenstadtring, mehr als 10000 waren es. Der Demonstrationzug endete auf Höhe der Reformierten Kirche an einer Kreuzung, die damals noch von einer Fußgängerbrücke überspannt war. Unter dieser Brücke standen Polizisten in Kette, die Arme untergehakt, junge Polizisten, Bereitschaftspolizisten. Sie waren eingezogen zum Wehrdienst, den man eben auch bei diesen Polizeieinheiten ableisten konnte. Die Demonstranten, unter ihnen Leute mit Kerzen und Leute, die sangen und wieder andere, die schwiegen und gewiss viele, die Angst hatten, die Demonstranten machten halt vor der Polizeikette.

Und was nun stattfindet, beschreibt der Liedermacher Martin Jankowski. Er war dabei und hatte schon zuvor im Friedensgebet gesungen. Die Demonstranten schickten sich nicht etwa an die Kette zu durchbrechen. Sie fingen an zu reden, untereinander und versuchsweise mit den Polizisten. Ihr wollt Volkspolizisten sein, fragten sie. Volkspolizisten schützen doch das Volk! Was macht ihr denn da? Wir sind doch das Volk. Und ihr müsst uns beschützen. Ja, wir sind das Volk. Einer wiederholte das Wort angesichts der DDR-Volkspolizisten: Wir sind das Volk. Und andere stimmten zu: Wir sind das Volk.

Und der erste Sprechchor der Friedlichen Revolution entstand: Wir sind das Volk. Bald riefen alle: Wir sind das Volk.

Was war geschehen? Angesichts der Volkspolizisten kam es nicht zu einem Gewaltausbruch, es kam zum Stillstand des Demonstrationszuges und zu einer Volksversammlung, einer Versammlung, die die Situation begriff. Wenn ihr die Volkspolizisten seid, dann sind wir das Volk. Die Demonstranten wichen zurück, es gab Verhaftungen, viele wurden auf LKW's gezerzt und verbrachten die Nacht im Gewahrsam. Gewaltfrei und spontan entstand also diese erste Losung der Friedlichen Revolution. Der Ruf „Keine Gewalt“ wurde fortan zur zweiten Losung. Wer immer dieses Wort „Wir sind das Volk“ gebraucht, darf es nur ausrufen im Geist der Gewaltfreiheit. Gewaltfreiheit eröffnet meinem Gegenüber die Chance zur Wandlung, zementiert nicht Feindschaft, setzt vielmehr auf spontane Aktionen der Überlistung, setzt auf Argumente und nicht auf feindselige Parolen. Aus einem Ruf nach Souveränität, aus dem Ruf des wahren Souveräns wird eine feindselige Parole, wenn dieser Ruf nicht im Geist des Gewaltverzichts, sondern im Geist gewaltsamer Abwehr des Anderen und des Fremden erfolgen. Eine Erfahrung der Revolution für heute ist: die Gewaltfreiheit muss den Geist bestimmen, mit dem wir den Feinden der demokratischen Willensbildung entgegen treten.

Hören wir den Ruf „Keine Gewalt“ mit, wenn Anhänger von Pegida, Legida und von AfD und NPD „Wir sind das Volk“ durch die Straßen rufen? Nein. Der Haß gegen „die da oben“, gegen Flüchtlinge, gegen angebliche Vaterlandsverräter spricht nicht die Sprache der Gewaltlosigkeit, die dem Anderen einräumt sich zu entfenden, auch deshalb, weil die Gewaltlosen sich nicht im alleinigen Besitz der Wahrheit wähnen. Wer keine Fragen gegenüber dem Anderen und Andersdenkenden mehr hat, wird zum Ideologen. Was mich besonders erschüttert hat, sind programmatisch formulierte Worte aus der neurechten Szene. Im 17-Punkte-Programm der Legida „Leipzig gegen die Islamisierung des Abendlandes“ vom Januar 2015 heißt es unter Punkt 3 scheinbar lapidar: „Beendigung des Kriegsschuldskultes und der Generationenhaftung“. Insbesondere das Wort „Kriegsschuldskult“ verharmlost die Gewaltverbrechen des 2. Weltkrieges und verachtet die Bemühungen der Aufarbeitung, damit künftige Generationen nicht mehr lernen Krieg zu führen. Widerstand, der dieser Floskel entgegentritt, nennt beim Namen, welche verheerende Wirkung in der Verharmlosung von Gewaltverbrechen schon in der Sprache entsteht, nämlich die billigende Inkaufnahme von neuer Gewalt.

Mir geht es wie vielen. Mann und Frau sind erschrocken. Der Imperativ lautet: nicht in Starre verfallen. Erschrocken über die Art neuer Nebentätigkeit von Nationalisten, nämlich mit zweifelhaften Worten auf Stimmenfang zu gehen, will ich entgegen. Aus diesen Worten können Parolen werden und solche Parolen setzen politische Fakten. Und diese Fakten spiegeln sich in Wahlergebnissen und vergiften die politische Kultur. Ein weiteres Beispiel sind Aussagen der Vorsitzenden der Alternative für Deutschland, Frauke Petry im Magazin „Der Spiegel“ im März 2016. Sie sagt: „Dass sich deutsche Politiker ausschließlich das Kriegsschuldmäntelchen überziehen, halten wir für falsch.“ Für einen Moment hat es mir die Sprache verschlagen: Kriegsschuldmäntelchen. Ausschließlich. Die Verharmlosung, ja Verspottung kann kaum größer ausfallen. Ein Mäntelchen, was denn für ein Mäntelchen? Ein leichtes Mäntelchen legt Mann oder Frau an einem etwas kühlen Abend an. Aber es müsste nicht unbedingt sein, das Mäntelchen anzulegen, denn es ist noch warm genug. Dieser krasse Fall von Verharmlosung leugnet Verantwortung. Und genau das findet hier statt, verantwortungsloses, fahrlässiges Reden. Was ist das für eine Alternative? Keine. Widerstand nun beginnt als geistige Aufgabe. Wer die Feinde historischer und öffentlicher Verantwortung gewähren lässt, bringt die Demokratie in Gefahr. Demokraten sind zum Widerspruch gefordert.

Mein inzwischen verstorbener Freund Ludwig Mehlhorn, ein Mitgründer der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt am 12. September 1989 gestaltete die Dauerausstellung in der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung. In dieser Ausstellung im polnischen Krzyzowa fügt er die Darstellung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus und gegen den Kommunismus anhand von Biographien zusammen. In einem programmatischen Aufsatz zur Ausstellung an diesem Ort des Kreisauer Kreises fragt er nach gemeinsamen Grundhaltungen im Widerstand. Er schreibt: „Eine erste und notwendige Bedingung ist die Fähigkeit, zur Wirklichkeit des Systems eine Distanz zu gewinnen oder zu wahren. Wer sich einmal das ideologische Korsett anzieht, wer sich dem Massentaumel hingibt, der ist schon verloren. In einer von Massenpropaganda und ideologischer Indoktrination geprägten Umgebung ist bereits Distanzgewinn eine große Leistung. Dafür spielt die ganze Palette der geistigen und religiösen Überlieferung eine enorme Rolle – die Verwurzelung in einem Glauben, die Bindung an Traditionen, die Erinnerung an Rechtsnormen vor der Diktatur.“ Es ist dieser geistige Distanzgewinn zur Diktatur und zum

Unrecht, den ich oftmals verloren gehen sehe in der Öffentlichkeit. Die Bindung an den gewaltlosen Jesus von Nazareth und die Bindung an die Traditionen der Toleranz und der Aufklärung müssen verteidigt werden. Dafür lohnt sich der Zusammenschluss in Friedensgebeten, bei Mahnwachen und Menschenketten, auf Demonstrationen und bei der Suche nach Gemeinsamkeiten in Parlamenten auf allen Ebenen.

Die Leipziger Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla setzte kürzlich einen Tweet ab beim Kurznachrichtendienst Twitter. Sie wusste, was sie tat. Sie dementierte nicht. Sie entschuldigte sich nicht. Vor einigen Tagen twitterte sie: „Die ‚Umvolkung‘ Deutschlands hat längst begonnen. Handlungsbedarf besteht!“ Was für eine Gewaltassoziation in der Sprache. Das Wort „Umvolkung“ assoziiert Gewalt. Hier wird die Sprache der Diktatur verwendet. Hier wird im nationalsozialistischen Jargon durch den Äther gejagt, wir würden einer bewusst gesteuerte Einbürgerung von Völkergruppen ausgeliefert sein. Es ist wirklich ein verdrehter, rumgewendeter Sprachgebrauch, denn einst haben die Nationalsozialisten unter diesem Begriff die Ansiedlung von Deutschen in den sogenannten Ostgebieten mit dieser Überschrift von der Umvolkung betrieben. Was ist gemeint? Soll hier den in der Mehrheit vor Bürgerkrieg Geflüchteten vorgeworfen werden, sie würden einer völkischen Strategie in ihren Heimatländern aufsitzen? Was mich hier am meisten beunruhigt ist die Tatsache, dass zunehmend nationalsozialistische Wortwahl in den öffentlichen Sprachgebrauch eindringt und das absichtsvoll, Volksverräter und Lügenpresse z. B. Wir brauchen geistigen Widerstand gegen diese Vergiftung der Sprache.

Von wem geht Gewalt aus? Vom wem geht Gewalt aus im Denken? Von wem geht Gewalt aus in der Sprache, auch der veröffentlichten Sprache? Vom geht schlussendlich Gewalt aus in Handlungen und Handgreiflichkeiten und Anschlägen? Diese Fragen sind immer wieder zu stellen, so anstrengend und unbequem das auch sein mag. Und diese Fragen müssen um der Zukunft der Demokratie willen beantwortet werden. Sie sind zur Lebensfrage für den freien Menschen geworden. Bereits am 25. September 1989 wirkte die Montagspredigt des Revolutionspfarrers Christoph Wonneberger beim Friedensgebet in der Nikolaikirche als Initial für die Straßenproteste friedlich Demonstrierender. In einem regelrechten Akt der Befreiung brachte er vollkommen klar zum Ausdruck: die Gewalt, unter der wir leiden, geht von diesem Staat DDR aus. Teilnehmer an diesem Friedensgebet am Montag in der mit über 2000 Menschen besetzten Leipziger Nikolaikirche erzählen immer

wieder, dass es mucksmäuschenstill war. Ein Blatt Papier hätten man/ frau auf den Boden fallen hören können bei dieser Predigt von Wonneberger, oder „Wonni“, wie wir jungen Aufbegehrenden gern zu ihm sagten. Freiheit beginnt mit dem Erlebnis einer Befreiung. Die Gewaltfreiheit der Friedlichen Revolution wurde an jenem Tag inspiriert. Wir machen uns doch nicht mit der Gewalt, die die andere Seite vorhält, gemein. „Keine Gewalt“ wurde schließlich neben dem Wort „Reiht euch ein“ zum kollektiven Dauerruf der Montagsdemonstranten von 1989 überall in der kleinen Republik.

Eine Erfahrung, die mich nun wirklich gewiss macht und die auch beruhigt, will ich von diesem Friedensgebet her beschreiben. In den Oppositionsbewegungen Mittel- und Osteuropas vor 1989 haben wir immer wieder die Kraft der geistigen Freiheit erlebt. Der Mut auszusprechen, was ist und die Hoffnung zu leben mit Anderen, Andersdenkenden, Menschen aus anderen Nationen. Mut und Hoffnung kamen zum Ausdruck, wenn es hieß: Solidarnosc, wenn es hieß: es lohnt sich zu versuchen in der Wahrheit zu leben, wenn es hieß, macht Schwerter zu Pflugscharen. In Leipzig war es die Kraft der Friedensbewegung in unabhängigen Gruppen, die sich in den Friedensgebeten zu Wort meldete. Klar, es standen viele auf dem Leipziger Nikolaikirchhof und riefen: wir wollen raus. Aber nach und nach blieben die Basisgruppen nicht mehr allein, denn sie riefen: wir bleiben hier. So war es auch bei jenem historischen Friedensgebet am 25. September. Vertreter der Arbeitsgruppe Menschenrechte, der Initiative Frieden und Menschenrechte, der Initiativgruppe Leben, des Arbeitskreises Umweltschutz, der AG Gerechtigkeit waren da und gestalteten mit. Von wem geht hier eigentlich die Gewalt aus, war die geheime Frage an jenem Tag.

Es gehört zur Schilderung des Revolutionsverlaufes dazu, dass es die Verhaftungen von Montag zu Montag waren, die viele überhaupt erst auf die Straße gehen ließen. Von wem geht die Gewalt aus? Vom Staat. Die Gegenseite hatte diese Schlüsselfrage nach der Gewalt auch begriffen und belegte viele Oppositionelle mit dem Rowdyparagraphen des DDR-Strafgesetzbuches. Oppositionelle sollten so in den Augen der Bevölkerung als gefährliche Leute gelten. Seht, da sind die Verwehrlosten, die können ganz schnell randalieren. Auch das ist Gewalt, diese Unterstellung, ihr seid gewalttätig. Gewalt mit der Sprache und erlebt an den Zellentüren des Leipziger Polizeigewahrsams. Daher war eine weitere Losung der Montagsdemonstranten der Ruf: Wir sind keine Rowdys. Ein beängstigendes Gefühl habe ich auch heute noch, wenn ich in Videovorführungen diesen Satz „Wir sind keine Rowdys“ im abendlichen

Sprechchor von tausenden höre. Wie mussten wir seinerzeit unsere persönliche Existenz verteidigen. Am 25. September 1989 sprach Pfarrer Wonneberger dieses aus: „Eines ist aber klar, der erste verletzte Polizist führt unweigerlich zu einer Eskalation der Gewalt, wie wir es uns jetzt wirklich nicht vorstellen können. Deshalb müssen wir, die wir hier versammelt sind, strikt das Prinzip der Gewaltlosigkeit vertreten. Das gilt auch gegenüber Provokateuren, die in unseren Reihen sind.“ Wir hören hier von einem Stück der Feindesliebe, die darum Liebe ist, weil sie fragt, wie es dem Feind ergeht und ob er überlebt.

Die Predigt von Wonneberger zum Auftakt der Friedlichen Revolution ist ein einzigartiges Dokument. Ich habe einmal Predigten aus dieser Zeit in einer wissenschaftlichen Arbeit verglichen und bin genau zu diesem Schluss gekommen. Wonneberger stellt seine Ansprache unter das Motto Jesu: „Fürchtet euch nicht! Mir ist alle Gewalt gegeben, im Himmel und auf Erden.“ Und nun stellen Sie sich bitte vor. Unter den Zuhörern waren reihenweise geschickte Parteigenossen. Vor der Tür auf dem Nikolaikirchhof drängten schon Leute aus der Ausreiseszene. Die Kirche war umstellt von Polizei. Angst und Entschlossenheit mischten sich. Und dann dieser Auftakt. Wonneberger weiter: „Das war keine Drohung. Das ist keine Nötigung. Dahinter steht kein Machtapparat. ‚Mir ist gegeben alle Gewalt...‘, d. h. innere Kraft und Gewissheit *und* äußere Glaubwürdigkeit, und das heißt für mich: *echte Kompetenz*, Vollmacht... und daran bekomme ich Anteil, wenn ich verantwortlich denke, glaubwürdig rede, durchschaubar handle. Dazu lade ich Sie ein, *heute*. Gegenüber solcher Vollmacht sind Stasiapparat, sind Hundertschaften, sind Hundestaffeln nur Papiertiger. Also: Fürchtet euch nicht! *Wir* können auf Gewalt verzichten.“

Nicht Wonnebergers Manuskript war der Papiertiger, nein, der scheinbar allmächtige Stasiapparat war ein Tiger, nur ein Papiertiger. Wenn der Gewaltsprache heute entgegentreten werden soll und wenn dem Morden an Ausländern und den Anschlägen von Radikalautonomen etwas entgegnet werden soll, dann kann das doch unter diesem Motto stehen: Wir fürchten uns nicht, wir werden nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, wir werden die Gewalt konsequent beim Namen nennen, wir werden die Demokratie immer zuerst mit dem Argument verteidigen.

In den Tagen des Frühherbstes 1989 war ich mit der Gründung der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt in Berlin beschäftigt. Demokratie Jetzt und die noch größere Bürgerbewegung Neues Forum bildeten nach ihrem

Selbstverständnis Plattformen für den Dialog der Bevölkerung. Das ist heute, am Tag der deutschen Einheit, naheliegend zu erwähnen. Denn es ging um eine Vereinigung im großen Stil, um eine Vereinigung, die die Ausgeschlossenen zusammenbringt. Die Gründungserklärung des Neuen Forums vom 9. September 1989 beginnt mit den Worten: „In unserem Land ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege hierfür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht.“ Demokratie bedeutet demnach, dass die Kommunikation zwischen der Gesellschaft und dem Staat gelingt und diese kann nur im Geist der Gewaltlosigkeit wirklich gelingen. Auf einem idyllisch gelegenen Grundstück am See in Grünheide bei Berlin im Haus der Regimegegner Katja und Robert Havemann hatten sich die 30 Gründer – unter ihnen Bärbel Bohley und Jens Reich - an diesem Tag versammelt und machten dieses Angebot: „Wir bilden gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR.“ 200.000 Menschen unterzeichneten den Gründungsaufruf in wenigen Wochen.

Die Bürgerbewegung trat von vornherein im Plural an. Am 12. September 1989 gründete sich die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt in der Wohnung von Hannelore und Michael Bartoszek in Berlin-Friedrichshain. Es war einer von vielen aufregenden Abenden im Herbst. Programm und Aufruf waren entworfen, ich leitete die Diskussion. Die Beteiligten konnten sich nicht gleich auf einen Namen einigen. Demokratie sollte im Titel stehen, aber was noch. Kairos - der Zeitpunkt für eine große Veränderung wurde genannt. Auch an die israelische Friedensbewegung Peace Now wurde erinnert. Bis dann einer rief: Demokratie jetzt! Das war der Geburtsmoment. Der „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ wurde verabschiedet, darin heißt es: „So viele Menschen haben keine eigene politische Vertretung in der Gesellschaft. Der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger nach einer Demokratisierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kann in der DDR noch immer nicht zur Sprache gebracht werden. Deshalb rufen wir auf zu einer Bürgerbewegung Demokratie Jetzt.“ Auf den Straßen wurde wenig später gerufen: Demokratie – jetzt oder nie. Und: Jetzt oder nie – Demokratie. Wenn heute die Aufgabe steht rechtsextremistischen Umtrieben Widerstand entgegen zu setzen, so beginnt dieser in solidarischen Gruppen, die bereit sind lange und genau zu diskutieren, was im Widerstand geboten ist. Die richtigen, ja pfiffigen Worte und Aktionen

müssen erst einmal gefunden werden. Und die Demokratiegegner sollen wissen: sie sind beim Wort genommen.

An diesem 12. September 1989 galt es noch eine Bezeichnung für die Art der Vereinigung zu finden. Wir diskutierten alle möglichen Varianten, auch die Bürgerinitiative war im Gespräch. Aber wir kamen aus der Friedensbewegung und so erfanden wir das Wort „Bürgerbewegung“, das eben das Bürgersein mit anderen Bürgern meint. Faktisch wurden wir eine Bürgerrechtsbewegung, denn es galt der Staatsmacht immer wieder Rechte abzutrotzen, die sie uns, den Bürgern vorenthielt. Im zweiten Aufruf von Demokratie Jetzt heißt es dann auch: „Wir fordern: Demokratische Willensbildung ohne festgeschriebene Führungsrolle der SED.“ Über 100.000 Menschen unterschrieben diesen Aufruf unter dem Titel „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt für Volksentscheid“. Eine Erfahrung aus dieser Zeit ist mir haften geblieben. Es braucht eine Konzentration darauf, welche Sozialform, welche Aktionsform, welche demokratische Protestform gefunden werden kann, um Ziele unter die Leute zu bringen. Wir sagten „Bürgerbewegung“ und die Leute begriffen sofort. Sie gründeten Gruppen, richteten kleine Geschäftsstellen ein, organisierten sich selbst und trugen ihre Forderungen auf die Straße. Auch heute brauchen die Initiativen eine kreative Sphäre, um einladende Formen zu finden, den populistischen Sprüchen von AfD oder NPD und leider auch anderen etwas entgegen zu halten. Freunde, die fröhlich miteinander sind, können leichter das richtige tun, viel eher als Menschen, die immer nur auf Gegner starren.

Viele von Ihnen hier im Ratsaal haben sich zum „Runden Tisch gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus“ zusammen gefunden. Ich las, Sie treffen sich in einer Sakristei. Ich bin gleich vor Freude etwas aus dem Stuhl gefahren. Der Runde Tisch in der Sakristei. Das ist ja der Idealfall von Kirche. Dort, wo Theologen und andere den Gottesdienst vorbereiten, trifft sich der Runde Tisch im Geist der Toleranz. Die Kirche stellt sich in die Mitte der engagierten, gewaltfrei agierenden Gesellschaft. Der Runde Tisch ist wie manch anderes zum Exportschlager aus dem Osten geworden, etwa wie das Friedensgebet oder das Akteneinsichtsrecht im Blick auf die Geheimdienste der Diktaturen oder die Revolution, die friedlich einen demokratische Neuanfang wagt. Die vielen Runden Tische in Deutschland heute nun haben einen anderen Charakter als damals während der Zeit der ostmitteleuropäischen friedlichen Revolutionen. Heute geht es nicht darum, eine Strategie gegen den Staat zu forcieren, heute geht es vor allem um breite gesellschaftliche Bündnisse gegen

Gewalt-Gruppierungen, die den Einzelnen, die Gesellschaft und auch den Staat bedrohen. Und es geht um Bündnisse, die Offenheit und Toleranz gegenüber Minderheiten vertreten. Diese Bündnisse sind Ausdruck gewaltfreier Selbstorganisation. Ganz übereinstimmend – damals wie heute - ist aber die Suche nach Breite und Akzeptanz dieser Bündnisse in der Bevölkerung.

Auch an den Runden Tischen in der DDR, die im Dezember 1989 auf Initiative von Demokratie Jetzt auf allen politische Ebenen entstanden, ging es um die Breite der Mitwirkung von neuen Bürgerbewegungen, Kirchen und alten Kaderorganisationen. Gerade letztere mussten erst überzeugt werden, schon vor allgemeinen und freien Wahlen mit der Opposition zusammen zu arbeiten. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für diese Runden Tische war enorm. Jede und jeder wusste, dass mit diesem Instrument die Umwälzung friedlich verlaufen kann. Die Gründungsmitglieder der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt verfassten schon am 30. Mai 1989 ein Papier in dieser Sache. „Auch wir brauchen autorisierte Gesprächsrunden, bei denen in Offenheit und gegenseitigem Vertrauen ein aufrichtiger und verantwortungsvoller Dialog darüber geführt wird, wie ein neuer Anfang gefunden werden kann“. Gedacht war an ein von den Kirchen moderierter Dialog, der die brisanten Fragen im Land unter Einschluss von Basisgruppen und Opposition öffentlich berät. Aus dem Jahr 1989 bleibt die Erfahrung, dass Runde Tische geeignet sind Mehrheiten politisch zu legitimieren, um vor drohenden Gewaltausbrüchen zu warnen und die Bürgerschaft zu mobilisieren gegen Hass, gegen Menschenverachtung, gegen Ideologisierung – sei es damals durch den Staat und heute durch Populisten und Rechtsextreme.

Wer die Demokratie verteidigen will, muss wachsam sein, darf nicht allein handeln und muss das Bündnis mit der 4. Gewalt suchen, das ist insbesondere die Presse. Und das sind Verbände und Vereinigungen, die daran erinnert werden müssen, dass partikulare Interessen nur auf der Basis eines Konsensus gegen Fremdenfeindlichkeit ihre Berechtigung haben. Und das sind die Kirchen, die in jeder Hinsicht Partner der Zivilgesellschaft sein sollten. Am Tag der deutschen Einheit sind wir aufgerufen breite Bündnisse zu kreieren, die die Demokratie und die Freiheit, auch die Religionsfreiheit verteidigen. Mir ist nicht bange. Das wird gelingen. Wir haben viele Paten, die vor uns gekämpft haben. Einen Paten habe ich heute vorgestellt, die Gemeinschaft der Friedensgebetsleute vom 25. September 1989 in der Leipziger Nikolaikirche und die Demonstranten auf der Straße von Montag zu Montag. Sie riefen: wir

sind keine Rowdys, wir sind das Volk. Leipziger Bürgerrechtsgruppen haben an diesem 25. September die Seligpreisungen Jesu umgeschrieben und in der Kirche verlesen. Diese Worte stelle ich an den Abschluss:

„Unselig sind die, die auf Gewalt setzen, sie werden einen Trümmerhaufen vererben.

Unselig sind, die Gewalt anwenden, sie werden sich und das Land ruinieren.

Unselig sind, die ihren Führungsanspruch mit Gewalt durchsetzen wollen, das Land wird sie enterben.

Selig sind die Sanftmütigen, sie werden das Erdreich besitzen.

Selig sind, die den Mut haben, der Gewalt sanft entgegenzutreten, sie werden ein bewohnbares Stück Erde vererben.

Selig sind, die auf Gewalt verzichten, das Land wartet auf sie.

Selig sind die bewusst Gewaltlosen, ihnen kann man das Land anvertrauen.“

Sind wir in diesem Geist wachsam für Demokratie und Menschenwürde und leisten Widerstand gegen die, die das Land und den Kontinent in den Nationalismus zurückführen wollen. Warum sollte uns nicht gelingen, die Feinde zu gewinnen für ein Leben, das den Einzelnen achtet? Der Weg der Gewaltlosigkeit war immer auch von Rückschlägen begleitet und von der Hoffnung getragen, niemand soll verloren gegeben werden. Stephan Bickhardt